



NIEDERSCHRIFT

über die 25. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 05.04.2022,

in der Jugendstilfesthalle, Großer Saal, Mahlastraße 3

Beginn: 17:00

Ende: 18:57



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur ab 17.18 Uhr TOP 4 ö.S.

Jennifer Follmann

Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Kim Neumann

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggert

Susanne Höhlinger

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn



Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Magdalena Schwarzmüller

Hans Peter Thiel

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Hermann Eichhorn

Wolfgang Freiermuth

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Timo Niederberger

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

AfD

Norbert Herrmann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Jochen Silbernagel

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Stefan Joritz	(Rechtsamt)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Christine Kohl-Langer	(Archiv und Museum)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Andreas Boltz	(Vorsitzender Beirat für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen)
Sandra Diehl	(Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

CDU

Lena Dürphold

Dr. Andreas Hülsenbeck



SPD

Hermann Demmerle

Lisa Rocker

Aydin Tas

FWG

Christian Gies

Die LINKE

Tobias Schreiner

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Beigeordneter

Lukas Hartmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat darum, den Tagesordnungspunkt 13 der öffentlichen Sitzung „Einführung und Übernahme der Parkraumbewirtschaftung auf dem Universitätsparkplatz“ von der Tagesordnung abzusetzen. Es seien hier mit der Landesverwaltung noch einige Fragen zu klären.

Der Stadtrat stimmte der Absetzung dieses Tagesordnungspunktes einstimmig zu.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass man die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 16 „Liefen und Errichten von Interims-Containeranlagen für 8 WE auf dem Gelände des ehemaligen Horstsportplatzes, Albrecht-Dürer-Str. 5, 76829 Landau in der Pfalz“ zurückstellen werde. Allerdings werde er unter diesem Tagesordnungspunkt einen aktuellen Sachstandsbericht abgeben.

Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.

Es bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Verpflichtung eines Ratsmitgliedes
2. Einwohnerfragestunde
3. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Kleingarten als Klimaoase für Mensch und Natur
Vorlage: 101/646/2022
4. Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Art/ists in Town
Vorlage: 101/647/2022
5. Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 100/353/2022
6. Änderung der Verbandsordnung des Zweckverbandes zur Koordinierung der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz (KommZB)
Vorlage: 100/352/2022
7. Notwendige Personalentscheidungen in der sitzungsfreien Zeit
Vorlage: 110/308/2022
8. Auftragsvergabe Sicherheitsdienstleistung für die kommunale Impfstelle Landau/Südliche Weinstraße
Vorlage: 150/048/2022
9. Bürgerschaftserklärung der Stadt Landau in der Pfalz für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH
Vorlage: 240/151/2022



10. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2021
Vorlage: 240/154/2022
11. Straßenbenennungen; Überprüfung der nach Personen benannten Straßen, Wege und öffentlichen Orte
Vorlage: 420/009/2022
12. Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss
Vorlage: 610/700/2022
13. Ausbau Neue Mitte Dammheim (Los 1), Aufhebung ursprüngliche und erneute Vergabe von Landschaftsbauarbeiten nach Einspruch
Vorlage: 680/271/2022
14. Gebäudemanagement, Vollzug des Wirtschaftsplanes durch Mittelfreigaben im investiven Bereich
Vorlage: 820/333/2022
15. Liefern und Errichten von Interims-Containeranlagen für 8 WE auf dem Gelände des ehemaligen Horstsportplatzes, Albrecht-Dürer-Str. 5, 76829 Landau in der Pfalz
Vorlage: 820/334/2022
16. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Verpflichtung eines Ratsmitgliedes

Der Vorsitzende belehrte das Ratsmitglied Timo Niederberger über seine Rechte und Pflichten als Ratsmitglied. Er wies besonders auf die Treuepflicht und die Schweigepflicht hin. Herr Niederberger ist für Jochen Silbernagel in den Stadtrat nachgerückt, da dieser mit Wirkung vom 9. März 2022 zum ehrenamtlichen Beigeordneten mit Geschäftsbereich gewählt wurde und damit kraft Gesetzes sein Mandat im Stadtrat verliert.

Der Vorsitzende verpflichtete Herrn Niederberger gemäß § 30 der Gemeindeordnung auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Rechte und Pflichten.

Ratsmitglied Niederberger teilte mit, dass er den Vorsitz der FDP-Stadtratsfraktion übernehme.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Kleingarten als Klimaoase für Mensch und Natur

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 23. März 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Follmann begründete den Antrag. Dieser Antrag sei ein weiterer Baustein zum Klimaschutzkonzept. Die Schaffung von grünen Inseln sei wichtig, da sich unser Körper nicht so schnell an die Wetterumschwünge anpassen könne. Es sei wichtig, klimaangepasste Gärten zu etablieren.

Der Vorsitzende betonte, dass man hinsichtlich des Kleingartenwesens in unserer Stadt gut und breit aufgestellt sei. Insgesamt sei das Kleingartenwesen im Wandel hin zur Wahrnehmung als öffentliche Grünfläche. Man habe ja bereits einen Arbeitsauftrag des Stadtrates nach zusätzlichen Kleingartenanlagen in Landau zu schauen. Insofern könne man diesen Antrag als Prüfauftrag mit hinzunehmen.

Ratsmitglied Albrecht erklärte für die SPD-Stadtratsfraktion, dass man dies grundsätzlich unterstütze. Es gebe in den Kleingartenanlagen bereits sehr hohe Standards.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung mit der Prüfung der Erarbeitung einer Vergabeaufgabe von bestehenden und geplanten Kleingärten an ökologische Standards im Sinne des Klimaanpassungskonzeptes. Zur Vorbereitung und Beteiligung der Kleingartenaktiven soll es eine Anhörungsrunde mit Aktiven in den derzeitigen Kleingärten als auch interessierten Bürgerinnen und Bürger geben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion; Art/ists in Town

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion vom 28. März 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Heim begründete den Antrag. Die Idee sei, dass die Stadt einmal im Monat den Stadtkern öffnet für Künstlerinnen und Künstler jeglicher Art. Das ganze ohne Anmeldung und ohne Gebührenerhebung. Für die Stadt würde dabei wenig bis gar kein Aufwand entstehen.

Der Vorsitzende wies auf die angespannte Situation in der Kulturabteilung hin.

Bürgermeister Dr. Ingenthron hoffte, dass man nun wieder ein Aufblühen der Kultur erleben könne. Trotzdem wäre es ein Aufwand, dies zu organisieren. Zudem plane man ohnehin einige Veranstaltungen wie die Kunstnacht und die Fete de la musique. Von daher könne man den Antrag zwar aufnehmen, müsse aber auch um Verständnis bitten, dass dies in diesem Jahr nicht mehr leistbar sei. Gerne könne man dies in die Planung für das nächste Jahr aufnehmen.

Ratsmitglied Saßnowski bat darum, mindestens einen Testversuch noch in diesem Jahr laufen zu lassen. Bei einer Definition der Rahmenbedingungen sollte dies für die Verwaltung eigentlich ein Selbstläufer sein.

Ratsmitglied Dr. Blinn unterstützte für die SPD-Stadtratsfraktion die Zielrichtung dieses Antrages. Es seien allerdings haushaltsrechtliche und allgemeine rechtliche Fragen zu klären. Dies wäre ein Thema, mit dem sich der Kulturbeirat beschäftigen sollte. Der Stadtrat sollte sich hier ein wenig zurücknehmen.

Ratsmitglied Kerbstat fand das Konzept grundsätzlich klasse und sollte umgesetzt werden. Wichtig sei aber, die Menschen in der Innenstadt mit einzubeziehen.

Ratsmitglied Dr. Migl hatte den Eindruck, dass die Verwaltung dies wieder mal sehr kompliziert mache. Es gehe darum, den Künstlerinnen und Künstlern möglichst bald Auftrittsmöglichkeiten zu schaffen. Sie halte nichts von Konzepten, dies würde den Künstlern nicht gerecht. Dies sei ja auch keine völlig neue Idee, man könne auf vorhandene Formate zurückgreifen. Gerade für die freie Kunstszene, die man fördern wolle, sei dies besonders wichtig.

Der Vorsitzende stellte klar, dass es ja Auftrittsmöglichkeiten für Künstler gebe. Auch geringer Aufwand sei Aufwand und müsse geleistet werden. Man nehme den Antrag aber mit und werde es im Kulturbeirat besprechen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der GRÜNE-Stadtratsfraktion, ein Konzept für „Art/ists in Town“ in Landau zu erarbeiten und umzusetzen, wird in den Kulturbeirat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Neubesetzung von Ausschüssen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 24. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt:

- 1. Herrn Timo Niederberger, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Hauptausschuss
sowie als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungsprüfungsausschuss, den
Sozialausschuss und den Universitätsausschuss**
- 2. Herrn Carsten Triebel, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen und den
Aufsichtsrat Stadtholding;**
- 3. Frau Lale Bayraktar, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Schulträgerausschuss;**
- 4. Frau Dr. Elke Wissing, Landau in der Pfalz
als Mitglied in den Kommunalen Beirat für die Teilhabe von Menschen mit
Behinderungen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Änderung der Verbandsordnung des Zweckverbandes zur Koordinierung der Eingliederungs- und der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz (KommZB)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 17. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verbandsordnung des KommZB wird wie in dem aus der Anlage ersichtlichen Wortlaut korrigiert und beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Notwendige Personalentscheidungen in der sitzungsfreien Zeit

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 29. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Mitteilung um welche Personalentscheidungen es gehe. Die Entscheidung über die Stelle des Werkleiters GML wolle sie ungern in der sitzungsfreien Zeit entschieden haben.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Werkleiterstelle hiervon nicht betroffen sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Es wird zugestimmt, dass notwendige Personalentscheidungen, die der Beschlussfassung des Hauptausschusses nach § 47 Abs. 2 GemO unterliegen, in der sitzungsfreien Zeit zwischen dem

- 6. April 2022 bis 30. April 2022 und
- 20. Juli 2022 bis 9. September 2022

von der Verwaltung getroffen werden können.

Der Hauptausschuss wird in seinen Sitzungen am 3. Mai 2022 bzw. 13. September 2022 über die jeweilige Personalentscheidung unterrichtet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Auftragsvergabe Sicherheitsdienstleistung für die kommunale Impfstelle
Landau/Südliche Weinstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 24. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag für die Sicherheitsdienstleistung der kommunalen Impfstelle Landau/Südliche Weinstraße wird für den Zeitraum 01.05.2022 – 31.12.2022 an die Firma DS Security GmbH, Lorsch zu dem im Angebot vom 21.03.2022 genannten Preis erteilt. Die Auftragssumme beläuft sich auf insgesamt 67.304,32 €.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Bürgschaftserklärung der Stadt Landau in der Pfalz für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 2. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Verlängerung der Bürgschaftserklärung für die Klinikum Landau – Südliche Weinstraße GmbH (im Folgenden Klinikum) bis zum 31. Dezember 2023.

Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO erforderliche Genehmigung zur Verlängerung der Ausfallbürgschaft bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022; Übertrag von Haushaltsmitteln des Haushaltsjahres 2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmerereiabteilung vom 9. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Vortrag der Haushaltsermächtigungen des Haushaltsjahres 2021 für die in der Anlage aufgeführten Maßnahmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Straßenbenennungen; Überprüfung der nach Personen benannten Straßen, Wege und öffentlichen Orte

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Archiv und Museum vom 11. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Frau Kohl-Langer, Leiterin des Archivs und Museum betonte., dass die Diskussion um Straßennamen bundesweit in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen habe. Dies sei ein wichtiger Prozess für die lokale Erinnerungskultur, der transparent gestaltet werden sollte. Das Ergebnis könne ein wichtiger Bestandteil in der Erinnerungskultur sein. Eine Straßenbenennung nach einer Person sei immer auch eine Ehrung, die in Gegenwart und Zukunft Bestand haben müsse. Man müsse die Biografien problematisieren, bewerten und Konsequenzen ziehen. Die Landauer Biografien habe man selbst überprüft. Dieser Prozess der Bestandsaufnahme sei 2021 beendet gewesen. Es gebe einige Landauer Besonderheiten wie beispielsweise das Fliegerviertel, das Malerviertel und die Ile de France. Diese Besonderheiten sollte man im Blick behalten und durchaus auch erhalten und erläutern.

Die Kriterien würden der Transparenz späterer Bewertungen dienen und müssten aussagekräftig sein. Man habe sich vor allem an der Freiburger Expertise orientiert, die 2017 vorgelegen habe. Es seien 19 problematische Biografien herausgearbeitet worden. Zur Einordnung eines Handlungsbedarfs habe man vier Kategorien gebildet. Als Konsequenz schlage man die Umbenennung der Hindenburgstraße und der Kohl-Larsen-Straße vor. Für die Straßen im Fliegerviertel schlage man Zusatzinformationen vor. Die Landauer Besonderheiten sollten beibehalten, aber erläutert werden. Dieser Prozess werde uns sicher noch einige Zeit begleiten.

Der Vorsitzende unterstrich, dass dies keine Landauer Thema allein sei. Es gehe um die Frage, wie man mit Straßennamen im Zuge einer veränderten Wertediskussion umgehen könne.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass es gut sei, dass man dies nun angehe. Straßennamen seien Geschichte und würden Bewusstsein schaffen. Es sei wichtig zu schauen, ob sich dies noch mit unseren Werten decke. Man unterstütze daher den Vorschlag der Verwaltung. Die Entscheidung über den Namen einer Straße treffe aber alle Menschen und nicht nur die, die in dieser Straße wohnen. Daher müssten auch alle gehört werden. Der Stadtrat müsse letztlich die Entscheidung treffen und seiner Verantwortung gerecht werden. Man brauche keinen Schnellschuss, aber am Ende eine verantwortungsvolle Entscheidung.

Ratsmitglied Lerch stellte fest, dass dieses Thema eine längere und emotionale Vorgeschichte habe. Nun habe man durch die Aufarbeitung des Archivs eine historische Einschätzung. Dies sei jetzt eine gute Grundlage, um das Thema umfänglich und seriös anzugehen. Die Ausarbeitung sei eine Hilfestellung für den Rat bei seinen Entscheidungen. Über die Kategorisierung könne man sicherlich trefflich streiten. Aus Sicht der CDU-Fraktion sollte man die Namensgeber der Straße immer auch im Kontext ihrer Zeit sehen. Sollte es bei kritischen Namensgebungen bleiben, sollten Hinweistafeln erstellt werden. Ganz wichtig sei der CDU die Einbeziehung der Anwohner. Es sei wichtig, das Votum der Bürger einzuholen. Unter diesen Prämissen halte man diese Vorlage für gut, die CDU-Stadtratsfraktion werde zustimmen.



Ratsmitglied Schwarzmüller dankte Frau Kohl-Langer für die sehr gute Aufarbeitung und die Erarbeitung der Kriterien. Man sei sich einig, dass es wichtig sei, die Bürger und Anwohner zu beteiligen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth stimmte der Einschätzung von Frau Kohl-Langer zu, dass man Geschichte nicht einfach ausradieren könne. Es gebe keine eindeutigen Fälle, die dies zulassen würden. Man müsse die Dinge immer im zeitlichen Blickwinkel sehen und den Mut haben, auch zur Vergangenheit zu stehen. Grundsätzlich halte man auch eine Bürgerbeteiligung für sinnvoll. Man sehe auch immense Kosten bei einer Umbenennung. Aus diesen Gründen lehne die FWG-Stadtratsfraktion die Vorlage ab.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt die Empfehlung des Archivs für wichtig, mit den erheblich belasteten Straßen anzufangen. Dies sollte man in die Bürgerbeteiligung einbringen, letztlich entscheide aber der Stadtrat ob wir umbenennen. Es sei jetzt an der Zeit, hier voran zu kommen. Die vom Archiv entwickelten Kriterien seien dabei eine gute Handreichung. Daher werde die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Wissing lehnte für die FDP-Stadtratsfraktion die Umbenennung von Straßen ab. Der Aufwand und die Kosten hierfür seien unzumutbar. Eine Kontextualisierung wäre natürlich wünschenswert, sei aber aufgrund der Haushaltslage nicht zu befürworten. Sie sei auch der Meinung, dass man sich seiner Geschichte nicht entziehen könne und dürfe. Bei einer Bürgerbefragung sollten hauptsächlich die betroffenen Anwohner befragt werden, da diese die Hauptbetroffenen seien.

Ratsmitglied Emmerich stellte fest, dass dies ein sehr kontroverses Thema sei. Er sei froh, dass man nun eine Expertise vorliegen habe. Eine Straßenumbenennung bedeute ja nicht, dass die Namen aus der öffentlichen Debatte verschwinden. Es sei dies auch kein Partikularinteresse, sondern man müsse alle Bürgerinnen und Bürger befragen. Dies sei nämlich eine Gesamtverantwortung aller. Er finde, dass diese Vorlage ein sehr guter Kompromiss sei. Letztendlich seien Straßennamen nur ein kleiner Teil der Geschichte. Eine Umbenennung von Straßen werde Geschichte nicht ändern können. Der Einwand der FDP, dass man auf die Kosten achten müsse, sei gut und richtig. Hier müsse man eine Lösung finden. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Saßnowski betonte, dass es wichtig sei mit unserem Wissen verantwortungsvoll umzugehen.

Ratsmitglied Dr. Blinn entgegnete, dass es gerade bei Hindenburg eindeutige Hinweise gebe, dass er für einen menschenverachtenden Nationalismus eingetreten sei. Man müsse hier als wehrhafte Demokraten energisch entgegentreten. Die Erosion der politischen Kultur der letzten 10, 15 Jahre sei eigentlich unvorstellbar. Es müsse hier ein kleines, aber energisches Zeichen gesetzt werden.

Ratsmitglied Lerch hielt es durchaus für angebracht, diese historische Diskussion zu führen.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass sich Blickwinkel schnell verändern könnten.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 29 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. Der Stadtrat nimmt die historische Expertise des Archivs und Museums zur Kenntnis und stimmt folgendem Verfahren zu:**
 - 1.1 Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Kontextualisierung der 18 Straßen, Wege und Plätze, die nach Personen benannt wurden und deren Biografien als problematisch angesehen werden. Dieses wird bis zum 4. Quartal 2022 den Gremien vorgelegt.**
 - 1.2 Für die beiden Straßen (Hindenburgstraße und Kohl-Larsen-Straße), die kritisch zu hinterfragen sind und für die die Verwaltung die Straßenumbenennungen vorschlägt, wird die Verwaltung beauftragt, über den städtischen Beteiligungsrat ein Bürgerbeteiligungsverfahren einzuleiten, einen Zeitplan zu erstellen, juristische Folgerungen zu prüfen und die mit einer möglichen Straßenumbenennung verbundenen Kosten zu ermitteln. Das Ergebnis wird den Gremien bis zum 4. Quartal 2022 vorgelegt.**
 - 1.3 Das Beteiligungsverfahren der Landauer Bürgerinnen und Bürger hat das Ziel, eine Empfehlung zur Frage einer möglichen Straßenumbenennung sowie Vorschläge für eine mögliche Straßenneubenennung zu erarbeiten. Das Ergebnis wird den Gremien voraussichtlich bis Ende des Jahres 2022 vorgelegt.**
- 2. Die dann erforderlichen Beschlüsse für eine mögliche Straßenumbenennung samt Straßenneubenennung werden jeweils separat beraten und gefasst.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 21. Februar 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Doll erklärte, dass dies ein wichtiger Beschluss für den Stadtteil Queichheim sei. Wichtig sei, Queichheim eine Bebauung mit breitem Wohnraumangebot unter Einhaltung ökologischer Anforderungsprofilen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ vom April 2021 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom Februar 2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplans „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ vom April 2021 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom Februar 2022 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Der Bebauungsplan „D9-Änderung, 2. Teiländerung, Südlich Breiter Weg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom Februar 2022 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, den Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen und die Öffentlichkeit, welche Stellungnahmen geäußert hat, von dem Abwägungsergebnis schriftlich in Kenntnis zu setzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Ausbau Neue Mitte Dammheim (Los 1), Aufhebung ursprüngliche und erneute Vergabe von Landschaftsbauarbeiten nach Einspruch

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat hebt die Entscheidung vom 8.3.2022 zur Vergabe der Landschaftsbauarbeiten zum Ausbau der Neuen Mitte Dammheim (Los 1) an die Firma Kühnle GmbH & Co. KG auf (Angebotspreis: 378.542,30 Euro inkl. MwSt., siehe SiVo 680/268/2022).
2. Der Auftrag zur Ausführung der Landschaftsbauarbeiten zum Ausbau der Neuen Mitte Dammheim (Los 1) ist der Firma Albert Braun, Bagger-, Abbruch- und Recycling GmbH, Arzheimer Hauptstraße 141, 76829 Landau in der Pfalz, zu den Preisen ihres Angebotes vom 26.1.2022 einschließlich Mehrwertsteuer i.H.v. 343.780,33 Euro zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Gebäudemanagement, Vollzug des Wirtschaftsplanes durch Mittelfreigaben im investiven Bereich

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 23. März 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass er davon ausgehe, dass man sich über die Realisierung dieser beiden Maßnahmen einig sei. Landau würden nun die Erfolge der letzten Jahre auf die Füße fallen. Das Haushaltsschreiben der ADD zeige einmal mehr, dass man keine kommunale Selbstverwaltung mehr habe. Man sei ständig am Gängelband der Aufsichtsbehörde. Es sei daher nachvollziehbar, dass die Stadtspitze hier ein politisches Signal zur Unabweisbarkeit der Investitionen wolle. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Der Vorsitzende betonte, dass man bei den freiwilligen Leistungen über 1 Million Euro einsparen müsse. Daher habe er hier auch eine Haushaltssperre verhängt.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. Der Stadtrat bestätigt die Auffassung des Stadtvorstandes und gibt die Bewirtschaftung der Finanzmittel für die nachfolgenden Vorhaben frei:
 - Sporthalle West, Tribünen-Erweiterung 1.500.000,00 EURO
 - zusätzlich VE 2023 620.000,00 EURO
 - Schulungsgebäude Verkehrsschule 550.000,00 EURO

2. Der Stadtrat bestätigt, dass für diese Vorhaben eine Ausnahmevorgabe gem. Nr. 1 der VV 4.1.3 zu § 103 GemO insoweit vorliegt, als hierfür Kredite in Höhe von
 - für die Tribünen-Erweiterung 720.000,00 EURO
 - für das Schulungsgebäude 159.000,00 EUROaufgenommen werden müssen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Lieferrn und Errichten von Interims-Containeranlagen für 8 WE auf dem Gelände des ehemaligen Horstsportplatzes, Albrecht-Dürer-Str. 5, 76829 Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende berichtete zur aktuellen Situation hinsichtlich der Ukraine-Flüchtlinge. Nach wie vor sei die Situation von vielen Unklarheiten geprägt. Von Bund und Land gebe es nach wie vor keine Klarheit über die Verteilung der Flüchtlinge. Im Moment sei auch der Rechtsrahmen nicht geklärt, ob das Asylbewerberleistungsgesetz oder das SGB II gelte. Man rechne mit ca. 750 Personen, die man werde unterbringen und betreuen müssen. Es werde eine dezentrale Unterbringung in regulären Wohnungen angestrebt. In einem zweiten Schritt wolle man mit Sondereinrichtungen, also mit Gemeinschaftsunterkünften arbeiten. Hierzu gehöre beispielsweise das Hotel Kurpfalz, das man bereits angemietet habe. Ebenso habe man gewerbliche Objekte im Blick. Dadurch sei möglicherweise eine Containerlösung entbehrlich. Dies sei der Grund, dass man die Vorlage für die heutige Sitzung zurückgezogen habe. Man versuche auch wegen der Kosten von rund 700.000 Euro andere Wege. Es sei unproblematisch, dies bei Bedarf auch noch im nächsten Stadtrat zu entscheiden. Letzter Schritt wäre dann ggfls. eine Notunterkunft in einer Schulturnhalle.

Bürgermeister Dr. Ingenthron ergänzte, dass man in einem gestuften Verfahren vorgehe. Dabei sei die Belegung einer Schulturnhalle der letzte Schritt. Er sei aber sicher, dass man die Kraft habe dies in Landau zu lösen.

Ratsmitglied Dr. Migl hielt es für gut, dass man hier vorsorgt. Je länger der Krieg dauere, umso mehr Flüchtlinge würden kommen. Kritisch stehe sie aber einer angedachten Containerlösung gegenüber. Sie wolle es aber auch nicht kategorisch ausschließen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Dr. Wissing wollte wissen, ob die Verwaltung sensibilisiert sei hinsichtlich möglicher „Menschenhändler“ bei geflüchteten ukrainischen Frauen und Mädchen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass die Verwaltung in dieser und in vielen anderen Bereichen natürlich sensibilisiert sei.



Die Niederschrift über die 25. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 05.04.2022 umfasst 22 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 236.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Jochen Silbernagel
Beigeordneter